



# HESSISCHER LANDTAG

09. 06. 2009

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend aktuelle Bildungsproteste und -streiks im ganzen Land**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt den bunten und kreativen Protest von Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Lehrerinnen und Lehrern, Eltern und Auszubildenden, die in dieser Woche bundesweit gegen die Zustände in Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen, auf dem Ausbildungsmarkt und in den Betrieben demonstrieren. Die Bildungsproteste sind eine legitime Unmutsbekundung, die auf die Mängel im Bildungssystem hinweist und die ernst zu nehmen ist.
2. Der Landtag sieht die Forderungen des Bildungstreiks als berechtigt und wichtig an und fordert die Landesregierung auf, sich diese als bildungspolitische Ziele zu Eigen zu machen:
  - selbstbestimmtes Lernen und Leben statt Leistungs- und Konkurrenzdruck,
  - freier Bildungszugang und Abschaffung von sämtlichen Bildungsgebühren wie Studien-, Ausbildungs- und Kita-Gebühren,
  - Herstellung der vollständigen Lernmittelfreiheit, Abschaffung von sogenannten Kopierpauschalen,
  - ein Ende der Unterfinanzierung der staatlichen Schulen und Hochschulen,
  - öffentliche Finanzierung des Bildungssystems ohne Einflussnahme der Wirtschaft auf Lehrinhalte, Studienstrukturen und Stellenvergabe,
  - Demokratisierung und Stärkung der Mit- und Selbstverwaltung in allen Bildungseinrichtungen,
  - eine Schule für Alle - weg mit dem mehrgliedrigen Schulsystem.

Zudem soll die Landesregierung umgehend konkrete Maßnahmen ergreifen, um

- eine umfassende Durchlässigkeit im Bildungssystem herzustellen sowie das mehrgliedrige Schulsystem zu überwinden,
- die Lehrerversorgung deutlich zu verbessern und alle Klassen im Lande spürbar zu verkleinern,
- die Schulzeitverkürzung auf das Abitur in 12 Jahren rückgängig zu machen,
- Zulassungsbeschränkungen ab- und neue Studienplätze aufzubauen,
- die Abschaffung jeglicher Diskriminierung gegenüber ausländischen Studierenden sicherzustellen,
- den Master als Regelabschluss zu etablieren,
- Verschulung, Regelstudienzeit und Dauerüberprüfung an den Hochschulen zu überwinden,
- individuelle Schwerpunktsetzung im Studium zu ermöglichen,
- prekäre durch tariflich entlohnte Beschäftigung im Bildungssystem zu ersetzen,

- zeitnah eine Umlagefinanzierung zur Schaffung einer angemessenen Zahl von Ausbildungsplätzen einzuführen,
- ein Grundrecht auf Ausbildung im Grundgesetz zu verankern.

Wiesbaden, 9. Juni 2009

Der Fraktionsvorsitzende:  
**van Ooyen**